







Arbeiten in Wien









BORIS JANY NEUER CLUB-VORSITZENDER

Der Vorsitzende der FSG Josefstadt Boris Jany (Foto Mitte) folgt dem neuen Landesgeschäftsführer Sandro Beer als Clubvorsitzender. Jany ist auch Personalvertreter und Mitglied des Fachausschusses der Wiener Polizei. Beer und FSG-Wien-Vorsitzender Christian Meidlinger (Foto links) gratulierten zur neuen

GEBEN SIE IHREM GELD EIN NEUES ZUHAUSE.

Eröffnen Sie jetzt eine neue KontoBox mit DANKESCHÖN und genießen Sie die Vorteile dieses BAWAG P.S.K. Treueprogrammes, Details auf dankeschoen.bawagpsk.com.

- ▶ bis zu 50 DANKF zum Start
- ▶ 20 DANKE Vorteilsweltbonus jährlich

Holen Sie sich jetzt einfach Ihre VorteilsweltCard bei Ihrem Betriebsrat oder Personalvertreter!













GERECHTIGKEIT UND **MITBESTIMMUNG**



Ein Jahr türkis-blaue Regierung hat in Österreich bereits tiefe Spuren hinterlassen. Sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung bedeutet inzwischen nichts anderes als das Diktat der Industrie und der Sponsoren, gerecht ist, was den Reichen und Starken nützt. Wer das kritisiert, ist "ein Nutznießer des alten Systems und klammert sich an seine Privilegien".

"Wir streiten nicht, wir handeln", trommeln Kurz und Strache beinahe tagtäglich. In der Tat: Wenn es darum geht, den Sozialstaat auszuhöhlen, die Rechte der ArbeitnehmerInnen einzuschränken, sozial Schwache als Schmarotzer hinzustellen und Gewerkschaften sowie Arbeiterkammer zu schwächen, passt das sprichwörtliche Blatt Papier nicht zwischen Kanzler und Vizekanzler. Das vor allem auch dann, wenn es darum geht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen.

Ein einfaches Beispiel: "Wer nichts ins System einzahlt, kann daraus auch nichts bekommen", wird seit einem Jahr gebetsmühlenartig "argumentiert". Damit wird unterschwellig vermittelt, dass sozial Schwache keine Steuern zahlen und daher auch nicht entlastet werden können. Die Wahrheit ist aber eine andere: Selbst NiedrigverdienerInnen und BezieherInnen von Mindestsicherung zahlen Steuern, nämlich Mehrwertsteuer.

Daher ist es durchaus verständlich, dass diese Regierung die Mitbestimmung, egal ob von Gewerkschaft oder Arbeiterkammer, sogenannten Nichtregierungsorganisationen oder engagierten BürgerInnen, wie der Teufel das Weihwasser fürchtet. Was die Arbeiterkammer anbelangt, so wurde im Regierungsprogramm die "Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft, zumindest aber eine Reduktion des Mitgliedsbeitrages" angedacht. Natürlich zur "Entlastung der niedrigen Einkommen".

Und damit bin ich schon bei der AK-Wahl,

die in Wien vom 20. März bis 2. April stattfindet. Die FSG kandidiert als Liste "Renate Anderl - Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen" und damit heben wir unsere Spitzenkandidatin schon im Listennamen hervor. Renate Anderl steht für unsere Inhalte, die völlig entgegengesetzt zur aktuellen Politik dieser Bundesregierung stehen. Wir wollen eine gerechte Verteilung des Wohlstan-

des und eine Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen durch starke BelegschaftsvertreterInnen, starke Gewerkschaften und eine starke Arbeiterkammer

Inzwischen befinden wir uns bereits mitten im Wahlkampf, und es wird auf jede einzelne Stimme ankommen, damit wir als sozialdemokratische GewerkschafterInnen in den nächsten fünf Jahren gestärkt für die Menschen in unserer Stadt arbeiten können. Es geht darum, nicht nur der Bundesregierung, sondern auch den Arbeitgebern zu zeigen, dass nur ein Miteinander unserem Land Wohlstand bringt.

Nachsatz: Die AK-Wahl ist nur der Auftakt eines arbeitsreichen Jahres. Es folgen die Wahl zum Euro-

paparlament und zahlreiche Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen. Die Vorbereitung zum 1. Mai und für die Arbeitsweltinsel im Rahmen des 36. Donauinselfestes vom 21. bis 23. Juni sind bereits voll im Gange.

Euer **Sandro BEER** Landesgeschäftführer

Weil Sie Respekt verdienen.

















Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie wichtig eine starke Interessenvertretung für die arbeitenden Menschen ist, hat das vergangene Jahr gezeigt. Die aktuelle Regierung bevorzugt ganz offen Arbeitgeber und Industrie, gleichzeitig beschneidet sie direkt oder indirekt die Rechte der Arbeitnehmerlnnen. Rückschritte wie die 60-Stunden-Woche sind offensichtlich erst der Anfang. Eine starke AK ist in dieser Zeit wichtiger denn ie

Vom 20. März bis 2. April 2019 findet die Wiener AK-Wahl statt. Ein starkes Votum für die FSG stärkt uns für die nächsten Jahre, um den Beschäftigten in unserer Stadt wieder Respekt zu verschaffen. Als Spitzenkandidatin der Liste "Renate Anderl – Frak-

tion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen" ersuche ich euch, alles zu unternehmen, um unser Ziel zu erreichen.

Wir haben 21 Ziele für das 21. Jahrhundert in unserem Wahlprogramm zusammengefasst. An oberster Stelle steht Respekt. Bei meinen Betriebsbesuchen höre ich immer und immer wieder, wie respektlos es inzwischen in der Arbeitswelt zugeht. Für harte Arbeit gibt es oft weder eine faire Entlohnung noch eine generelle Wertschätzung. Ihr seid tagtäglich damit konfrontiert, ihr seid es, die jeden Tag gegen diesen "Trend" ankämpfen müsst. Und ihr seid es, denen neben den Gewerkschaften eine schlagkräftige Arbeiterkammer mit Rat und Tat zur Seite steht.

In den nächsten Tagen und Wochen werdet ihr alles bekommen, damit wir gemeinsam einen erfolgreichen Wahlkampf führen können. Etwa kleine Wahlgeschenke oder gedruckte Broschüren sowie Links, wo ihr euch alles Notwendige downloaden könnt.

Inhaltlich möchte ich noch unser Dauerthema soziale Sicherheit herausstreichen. Da sehe ich beunruhigende Entwicklungen, z.B. beim Gesundheitssystem. Aus Sicht der AK ist eine Reform des Sozialversicherungssystems absolut begrüßenswert, wenn sie zu besseren Leistungen für die Versicherten führt. Aber die Zusammenlegung der Kassen bewirkt eher das Gegenteil. Nicht nur wir in der AK, auch der Rechnungshof, der Hauptverband der Sozialversicherungsträger, sogar der Budgetdienst des Parlaments und sämtliche Expertinnen sagen, dass es keine Patientenmilliarde geben wird.

Und wenn jetzt auch noch die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden sollen, dann wüssten wir schon gerne, wie es da mit der Gegenfinanzierung aussieht.

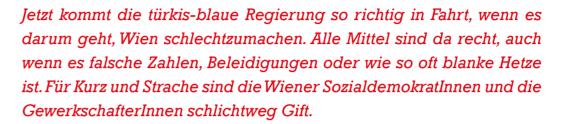
Wir stimmen völlig mit der Regierung überein, dass Menschen, die wenig verdienen, entlastet werden müssen. Aber wenn man einfach nur ein Loch in die Sozialversicherung reißt, wird das mittelfristig niemandem helfen. Dieses Geld wird dann einfach bei den Pensionen und im Gesundheitssystem fehlen.

Renate Anderl

AK-Präsidentin

Link zum Wahlprogramm: www.MehrRespekt.at







ritik sei durchaus berechtigt, hat Kanzler Kurz vor einiger Zeit gemeint und hinzugefügt: Welche Kritik berechtigt sei, bestimme er ganz allein. Und wer das nicht einsehen will, müsse eben die Konsequenzen tragen. Das wurde bereits bei der Verlängerung der Arbeitszeit als auch der Zerschlagung des Krankenversicherungssystems unter Beweis gestellt. Insofern ist der aktuelle Konflikt um die Reform der Mindestsicherung überhaupt nichts Neues.

STRACHES TRAUM

Und neu ist ja auch nicht, dass Strache offensichtlich noch immer davon träumt, Wiener Bürgermeister zu werden. Frei nach dem Motto: Wien soll sein blaues Wunder erleben, hetzen er und die Seinen, tagtäglich. Darauf müssen wir uns in den nächsten Monaten bis hin zur nächsten Gemeinderatswahl im Jahre 2020 einstellen. "Aufstehen für Wien" kann da nur unser Anfang sein.

IM AK-WAHLKAMPF

Begonnen hat unsere Arbeit bereits mit dem Wahlkampf für die AK-Wahl vom 20. März bis 2. April 2019. Mit Renate Anderl haben wir eine ausgezeichnete Spitzenkandidatin, und wir haben ein Wahlprogramm entwickelt, das "21 Ziele für das 21. Jahrhundert" aufzeigt. Ganz bewusst trägt das Programm den Titel "Weil Sie Respekt verdienen". Den Respekt, den die türkis-blaue Bundesregierung den Wiener ArbeitnehmerInnen versagt.

Wenn wir es gemeinsam schaffen, unsere Mehrheit in der AK Wien auszubauen, wäre dies ein klares Zeichen an die Arbeitgeber, dass sie mit den ArbeitnehmerInnen nicht einfach nach ihrem Gutdünken umspringen können, auch wenn sie die Unterstützung der Bundesregierung haben.

Die AK ist ja nach Ansicht von Kurz und Strache auch so ein Widerstandsnest, daher soll der Mitgliedsbeitrag gesenkt werden. Natürlich "um Geringverdiener-

Innen zu entlasten" und keineswegs um die AK mit ihrem Serviceangebot zu schwächen. Ein Schelm der Böses dabei denkt

In den nächsten Wochen geht es nun darum, dass wir die KollegInnen in den Betrieben davon überzeugen, wie wichtig eine starke FSG in der AK ist. Es gilt wieder, wie so oft in den vergangenen Jahren, zu rennen und nochmals zu rennen, damit wir am Abend des 2. April einen Erfolg feiern können.

Ich bin überzeugt, dass es uns gelingen wird und wir gleichzeitig die vielen Grausamkeiten der türkis-blauen Regierung nicht aus den Augen verlieren. Grundsätzlich müssen wir aber alles daransetzen, dass wir

die Menschen für unsere Ziele und unsere Vorstellungen gewinnen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir es sind, die für ihre Interessen eintreten, egal ob in den Betrieben, in den Dienststellen, in den Bezirken und ihrem Wohnumfeld. Als FSG Wien sind wir dafür bestens aufgestellt.

Christian MEIDLINGER

E-Mail: christian.meidlinger@younion.at

















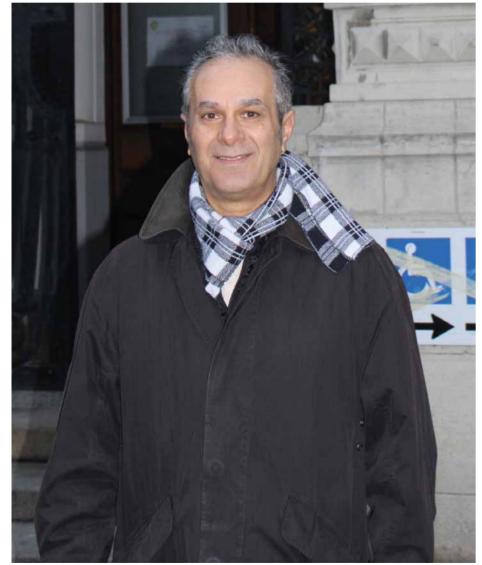






WO AUS DONAUARMEN EIN NEUER BEZIRK WURDE: DIE BRIGITTENAU

Wo sich vor einigen Hundert Jahren noch Donauwasser breitmachte, wohnen heute mehr als 85.000 Menschen. In 15 Jahren sollen es bereits 106.000 sein. "Ein durch und durch aufstrebender Bezirk mit Menschen aus mehr als 70 Nationen", freut sich Mehdi Ardi. FSG-Vorsitzender der Brigittenau.



Mehdi Ardi, FSG-Vorsitzender der Brigittenau

"Der 1864 genehmigte Regulierungsplan für die zukünftige Bebauung von August Sicard von Sicardsburg und dem Architekten Ludwig Förster führte zur Gestaltung der Brigittenau mit der Jägerstraße als zentraler Achse, der geplanten Brigittabrücke (spätere Friedensbrücke) und den noch gegenwärtigen Baulinien", so steht es im Geschichtsbuch zur Entstehung des Bezirkes.

"Donaustadt" sollte die ursprüngliche Bezeichnung für den neu entstandenen Bezirksteil auf dem Gebiet der zugeschütteten Donauarme und des Ortes "Äußeres Zwischenbrücken" werden. Jedoch entschied man sich, den neuen Stadtteil an die Brigittenau anzuknüpfen.

VON ADOLF LOOS ...

Und die Brigittenau hat so einiges zu bieten gehabt und bietet es noch immer. Beispielsweise wurde die kommunale Wohnhausanlage Winarsky-Hof, an deren Planung ab 1921 bekannte Architekten wie Adolf Loos und Margarete Schütte-Lihotzky beteiligt waren, 1924 ihrer Bestimmung übergeben. Die alte Brigittabrücke über den Donaukanal wurde durch die von 1924 bis 1926 errichtete Friedensbrücke ersetzt. 1926 erfolgte die Einrichtung des Unfallkrankenhauses in der Webergasse unter der Leitung von Lorenz Böhler. Die 1930 begonnene große Wohnhausanlage Friedrich-Engels-Platz bei der Floridsdorfer Brücke wurde 1932 fertiggestellt.

Nachdem der Personenverkehr nach Mähren erlahmte, wurde der Nordwestbahnhof 1924 eingestellt und auf den Nordbahnhof verlegt. Die leerstehende Halle adaptierte man daraufhin für politische und kulturelle Veranstaltungen. Mit der Eröffnung am 26. November 1927 verwandelte sich das Gebäude in





einen "Schneepalast". Durch den Engländer Laurence Clarke Ayscough und seine geheime Schneemixtur konnte man bald auf einer schiefen Ebene dem winterlichen Vergnügen frönen. Sogar eine Sprungschanze wurde in die Halle gebaut.

... BIS GUSTAV PEICHL

1999 wurde von Gustav Peichl, Boris Podrecca und Rudolf F. Weber neben der U- und S-Bahn-Station Handelskai der Millennium Tower, das damals höchste Gebäude Wiens, fertiggestellt.

Von 2002 bis 2006 waren Teile der Brigittenau (Wallensteinstraße, Augarten, Nordwestbahnhof, Zwischenbrücken) zusammen mit Teilen der Leopoldstadt (Stuwerviertel, Nordbahnhof, Volkertviertel) zum EU-Ziel-2-Fördergebiet Wien erklärt und wurden umfangreichen Sanierungsmaßnahmen unterzogen. Ab 2020 soll auf dem 44 Hektar großen Gelände des ehemaligen Nordwestbahnhofs ein neuer Stadtteil entstehen. Nach dem Städtebaulichen Leitbild der Stadt Wien werden dabei zehn Hektar des Gesamtgebiets in öffentlichen Grünraum, die "Grüne Mitte", umgewandelt. Für die Zulaufstrecke des ehemaligen Bahnhofs wurde ein Nachnutzungskonzept nach dem Vorbild des High Line Parks in New York entwickelt.

Die größten Arbeitgeber des Bezirkes sind die AUVA mit der Bundeszentrale und der Landesstelle, das Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhaus sowie die größte Außenstelle des bfi mit einem Schulungszentrum. Ardi: "Damit spüren wir im Bezirk die unsoziale Politik der Bundes-

Internationalität

vor allem im Bereich

Lebensmittel und

Gastronomie

telbar." Die FSG Brigittenau war daher bei allen Protestaktionen im Jahre 2018 stark vertreten. "Wir lassen die

regierung unmit-

KollegInnen weder bei der AUVA noch beim bfi im Stich. Das lassen wir uns nicht gefallen", ist der Vorsitzende der FSG Brigittenau kämpferisch.

Ansonsten wird der Bezirk von kleineren und mittleren Betrieben beherrscht. Vor allem Handel und Gastronomie prägen das Bezirksbild. Hervorstechend sind dabei der Hannovermarkt und der Millennium Tower. Ardi: "Was man unserem Bezirk so gar nicht ansieht ist, dass sich zahlreiche größere und kleinere IT-Betriebe angesiedelt haben. Sicher ein Zeichen dafür, dass unser Bezirk Zukunft

Ein großer Teil der Betriebe in der Brigittenau ist derart klein, dass kein Betriebsrat gewählt werden kann. Andererseits zeichnet sich die Brigittenau durch "Internationalität" vor allem im Bereich Lebensmittel und Gastronomie aus,

> meistens handelt es sich um Familienbetriebe. "In diesem Umfeld betreiben wir eine sehr aktive Gewerkschaftsarbeit - nicht nur in den

Betrieben, sondern auch im sogenannten öffentlichen Raum." Das geschieht hier immer wieder in Zusammenarbeit mit der Partei. Erfreulich auch, dass sich immer mehr MigrantInnen sowohl in der FSG als auch in der Partei engagieren. Ardi: "Und viele KollegInnen, die in der Brigittenau wohnen und in einem anderen Bezirk arbeiten sind dort sehr aktiv und oft gewählte BetriebsrätInnen."























NEUJAHRSEMPFANG 2019

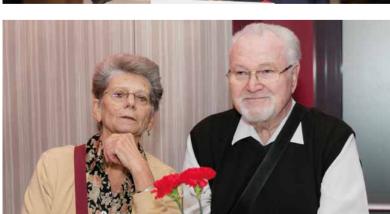
























































TAG DER OFFENEN TÜR





























Leiter des ÖGB-Büro in Brüssel

EU-WAHLEN 2019

GewerkschafterInnen statt Wirtschaftslobbyisten ins EU-Parlament!

parlament. Und wenige Monate vor diesem Urnengang ist die EU in keiner guten Verfassung: Das grenzüberschreitende Lohnund Sozialdumping nimmt immer dramatischere Ausmaße Konzernmultis drücken sich weiterhin vor einem fairen Steuerbeitrag, das Brexit-Chaos gefährdet die Rechte der ArbeitnehmerInnen. Demokratische Grund- und Gewerkschaftsrechte stehen in Ländern wie etwa Ungarn bald nur noch auf dem Papier.

Die österreichische Bundesregierung hat die große Chance verpasst, während der EU-Ratspräsidentschaft endlich auf eine Kurskorrektur zu drängen. Wenig überraschend ist fast gar nichts erreicht worden: Vom großspurigen Motte "Für ein Europa, das schützt" ist außer Ankündigungen nicht viel übrig geblieben. Sogar die geplante Europäische Arbeitsbehörde gegen Lohn- und Sozialdumping wurde von der Bundesregierung monatelang hintertrieben. Nur durch den Druck von Gewerkschaften und EU-Kommission kam es zu einer Einigung für eine Europäische Arbeitsagentur.

Nach dieser verpassten Chance gilt es jetzt, bei den EU-Wahlen die Weichen neu zu stellen: Vom marktes.

A m 26. Mai wählt Öster- Ausgang der Wahlen wird die Zureich ein neues Europa- sammensetzung des EU-Parlaments ebenso abhängen wie die Frage, wer Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident nachfolgen wird.

> Die FSG ist gut aufgestellt: Unsere EU-Abgeordnete Evelyn Regner war in den letzten Jahren eine der wichtigsten Stützen für die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der EU. Sie ist unsere Stimme im EU-Parlament und verkörpert das Gegenmodell zu einer EU der Konzernlobbyisten, in der wenige engagierte GewerkschafterInnen einer Übermacht von etwa 35.000 Wirtschaftslobbyisten gegenüberstehen.

> Die Forderungen der europäischen Sozialdemokratie (PES) sind eindeutig: "Es geht um soziale Gerechtigkeit. Es ist unerträglich, dass viele Konzerne in Europa keine Steuern mehr zahlen. Steueroasen müssen verschwinden in der EU!"

> Deswegen gilt es am 26. Mai, die Stimmen der ArbeitnehmerInnen gegen die Konzernlobbys zu stärken. Nur mit fortschrittlichen politischen Mehrheiten im EU-Parlament können wir die politischen Weichen neu stellen. Denn soziale Rechte müssen mehr zählen als die Regeln des EU-Binnen-



















Aub	Anmeldung		.020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 -100369 E-Mail: wien@fsg.at
Titel:	Vorname:	Nachname:	
GebDat.:	Tel. privat:	Tel. Betrieb:	
Mobil-Nr.:		E-Mail:	
Adresse:		PLZ:	Ort:
Betrieb:		Gewerkschaft:	
Betriebsadresse:		PLZ:	Ort:
Werber:		Datum:	Unterschrift:



Infos und Newsletterbestellung www.fsgwien.at

	KEGELN MIT DEM FSG-CLUB IM FRÜHJAHR 2019	An den Montagen: 4. 2., 11. 3., 8. 4., und am 6. 5. 2019 (Kegelturnier!) Beginn immer um 18.00 Uhr	Kegelbahn in der Wiener Stadthalle, Hütteldorfer Straße 2b, 1150 Wien
A CONTRACTOR	NORDIC WALKING	Von 8. Jänner bis 26. Februar 2019, jeweils um 10.00 Uhr	Jeden Dienstag, von U2-Haltestelle Abgang Richtung Donaustadtbrücke, Ausgang Neue Donau jeden Donnerstag U1 Reumannplatz Aufgang Richtung Amalienbad
	HEITERER ROSENMONTAG	Lesung mit Genossen Johann Vysek	Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Raum 0401 – Marie Tusch/ Erdgeschoß/Eingangshalle/ links bei Liftgruppe A
ALACTO	FISCHESSEN 2019	15. 3. 2019 und 22. 3. 2019 Beginn: 18.00 Uhr	Im Bad der Wiener Linien (Straßenbahnerbad), 1220 Wien, Dampfschiffhaufen 7

Anmeldungen zu allen Veranstaltungen im Büro der FSG Wien unter 01/534 44-39504 oder per E-Mail an wien@fsg.at

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. Herausgeber: Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39504, Fax: 01/534 44-100369 Fotos: ÖGB-Archiv, Thomas Reimer, Franz Fischill, Mirjam Reither, Sebastian Philipp, Thomas Lehmann, Privat. Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien. Jahresabo: 15 Euro. ZVR-Nr.: 158750011

Falls Sie diese Zeitschrift	s an den/die BriefträgerIn: nicht zustellen können, teilen Sie uns I gegebenenfalls die neue oder richtige
	/ / /
Straße/Gasse	Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/	
Postleitzahl	Ort
	Besten Dank